

Arzneimittel-Versorgungssicherheit

Die Versorgungssicherheit von Arzneimitteln in der Schweiz nachhaltig stärken

Position des Schweizerischen Apothekerverbands pharmaSuisse

25.08.2026 (ersetzt Position vom 05.09.2024)

Der Schweizerische Apothekerverband pharmaSuisse ist besorgt über die anhaltenden Versorgungsengpässe im Arzneimittelbereich. Diese bestehen seit mehreren Jahren auf hohem Niveau und gefährden zunehmend die Patientensicherheit. Apothekerinnen und Apotheker stehen an vorderster Front, sichern die Versorgung mit grossem Mehraufwand und fangen systemische Lücken ab. Vor diesem Hintergrund ordnet pharmaSuisse die laufenden politischen Massnahmen ein und zeigt auf, in welchen Bereichen aufgrund der praktischen Erfahrungen weiterhin zusätzliche Massnahmen erforderlich sind.

Ausgangslage

Die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln in der Schweiz bleibt angespannt. pharmaSuisse begrüsst, dass der Bundesrat nach Einreichung der Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» (pharmaSuisse ist Mitglied des Initiativkomitees) einen direkten Gegenentwurf ausgearbeitet hat, welcher mit einer Anzahl von strategischen Massnahmen verknüpft ist. Die vom Bund vorgeschlagenen oder bereits umgesetzten Massnahmen stellen einen Schritt in die richtige Richtung dar, reichen jedoch nicht aus, um die strukturellen Ursachen der Engpässe nachhaltig zu beheben.

Ihr Erfolg hängt davon ab, ob die Massnahmen insbesondere in den Apotheken Wirkung zeigen.

Position und Argumentation

Die vorliegende Position des Schweizerischen Apothekerverbands pharmaSuisse fokussiert auf die Probleme, mit denen Apothekenteams sowie Patientinnen & Patienten tagtäglich konfrontiert sind und benennt folgende Forderungen:

- **Versorgungssicherheit bei Kosten- und Regulierungsentscheiden systematisch berücksichtigen**
- **Zusatzleistungen der Apotheken angemessen berücksichtigen und vergüten**
- **Neue Massnahmen wie Parallelimporte oder Anpassungen des Territorialitätsprinzips auf Versorgungssicherheitsrisiken prüfen**
- **Versorgungsrelevante Produktionskapazitäten stärken**
- **Herstellung in Apotheken als Resilienzfaktor sichern und die ALT regelmässig anpassen**
- **Klare Zuständigkeiten und eine wirksame Koordination auf Bundesebene schaffen**

1. Auswirkungen von Versorgungsengpässen auf Patientinnen & Patienten sowie Apotheken

pharmaSuisse weist seit Jahren darauf hin, dass Arzneimittelengpässe ein grosses Risiko für die Patientinnen und Patienten darstellen. Lieferunterbrüche führen zu:

- Therapieumstellungen und Verzögerungen
- erhöhtem Risiko von Medikationsfehlern
- Einschränkungen in der Kontinuität der Behandlung

Gerade bei chronischen Therapien können bereits kurzfristige Lieferunterbrüche (Antiepileptika, Herztherapeutika, Hormonersatztherapien) zu komplexen therapeutischen Umstellungen führen – etwa in der Psychiatrie oder bei anderen langfristigen Behandlungen. Solche Arzneimittel sind formell nicht immer als lebensnotwendig eingestuft, ihre Nichtverfügbarkeit kann für die Behandlung dennoch hochkritisch sein. Besonders problematisch ist, dass Versorgungsengpässe häufig Generika und andere Arzneimittel mit abgelaufenem Patentschutz betreffen, welche einen wesentlichen Teil der medizinischen Grundversorgung sicherstellen. Obwohl diese Arzneimittel einen hohen therapeutischen Nutzen haben, stehen sie oft unter erheblichem wirtschaftlichem Druck.

Die Bevölkerung erwartet zu Recht eine zuverlässige Versorgung mit Arzneimitteln sowie eine qualitativ hochwertige pharmazeutische Beratung: Patientinnen und Patienten sowie Gesundheitsfachpersonen sollen verlässlich informiert werden können, ob ein Arzneimittel verfügbar ist und wann es voraussichtlich wieder erhältlich sein wird.

Apotheken gewährleisten diese Versorgung täglich – übernehmen dabei jedoch zunehmend eine kompensatorische Rolle für systemische Defizite. Ein erheblicher Teil der verfügbaren Ressourcen wird heute für das Management von Lieferengpässen eingesetzt. Der Aufwand beträgt bis zu **12 Stunden pro Woche pro Apotheke**.¹ Diese Situation hat eine klare Konsequenz: Zeit und fachliche Kapazitäten, die für die direkte Betreuung, Beratung und Medikationssicherheit vorgesehen sind, werden durch organisatorische und logistische Aufgaben gebunden. Dieser zusätzliche Aufwand wird heute weder durch die bestehenden Tarifstrukturen (LOA, ALT) noch durch andere Finanzierungsmechanismen angemessen abgegolten. Aus Sicht von pharmaSuisse ist es deshalb notwendig, Lösungen zu schaffen, welche die durch Versorgungsengpässe verursachten Zusatzleistungen der Apotheken berücksichtigen.

2. Stabilität des Angebots

Wettbewerb und Kostendämpfung im Gleichgewicht zur Versorgungssicherheit

pharmaSuisse befürwortet einen funktionierenden Wettbewerb im Arzneimittelmarkt sowie gezielte Massnahmen zur Kostendämpfung. Der verstärkte Einsatz von Generika und Biosimilars leistet bereits heute einen wichtigen Beitrag zur Begrenzung der Gesundheitskosten.

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass ein rein preisgetriebener Ansatz an Grenzen stösst. Werden kurzfristige Einsparpotenziale zu stark gewichtet, besteht die Gefahr, dass Stabilität und Resilienz der Versorgung geschwächt werden. Diese Einschätzung wird auch von der Expertengruppe Versorgungssicherheit (EGV) geteilt. Sie identifiziert den zunehmenden Preisdruck auf Arzneimittel ohne Patentschutz als einen der Faktoren, welche die Versorgungssicherheit beeinträchtigen können.² Versorgungssicherheit und Kostendämpfung dürfen deshalb nicht isoliert voneinander betrachtet werden.

¹ PGEU Medicine Shortages Report 2025: : (S. 15).

² Bericht Expertengruppe Versorgungssicherheit (EGV).pdf. Besonders bemerkenswert ist, dass die von Engpässen betroffenen versorgungsrelevanten Arzneimittel ohne Patentschutz gemäss EGV lediglich rund 0,4 % der gesamten Gesundheitskosten verursachen. Die Sicherung ihrer Verfügbarkeit hätte somit nur begrenzte Auswirkungen auf die Gesamtausgaben des Gesundheitswesens, könnte jedoch einen erheblichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten (S. 25).

Regulatorische Eingriffe im Gesamtkontext der Versorgungssicherheit

Massnahmen wie Anpassungen des **Territorialitätsprinzips** oder die Förderung von **Parallelimporten** (respektive Direkteinfuhr) werden wiederholt als Instrumente zur Kostensenkung diskutiert.

Solche Eingriffe können punktuell sinnvoll sein, müssen jedoch unbedingt auf ihre Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit geprüft werden.

Darüber hinaus sind auch die langfristigen Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit zu berücksichtigen:

- Verringerung der Attraktivität des Schweizer Marktes für Zulassungsinhaberinnen und Zulassungsinhaber
- Gefährdung der langfristigen Verfügbarkeit von Arzneimitteln, insbesondere bei Nischenprodukten, und Produkten mit tiefen Margen
- Schwächung der Kontrolle entlang der Lieferkette mit eingeschränkter Rückverfolgbarkeit und erhöhten Risiken für die Arzneimittel- und Patientensicherheit

Zielführender sind gezielte Massnahmen zur Stärkung des inländischen Marktes, kontrollierte Einzelfalllösungen sowie die konsequente Umsetzung der laufenden Reformen im Bereich Digitalisierung und Versorgungssicherheit.

Produktionsbedingungen und strukturelle Anreize

Die Stabilität der Arzneimittelversorgung ist eng mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Produktion verknüpft.

Das Beispiel der angekündigten Schliessung der Produktionsstandorte von Bichsel verdeutlicht diese Dynamik³: Steigender wirtschaftlicher Druck und unzureichende Anreize führen dazu, dass selbst etablierte nationale Produktionskapazitäten in Frage gestellt werden. Solche Entwicklungen haben weitreichende Konsequenzen:

- Verlust von Produktionskompetenz im Inland
- Zunehmende Abhängigkeit von internationalen Lieferketten
- Reduzierte Reaktionsfähigkeit in Krisensituationen

Für lebensnotwendige Arzneimittel und spezielle galenische Formen (beispielsweise Ampullen) braucht es daher Rahmenbedingungen, welche den Erhalt von Produktionskapazitäten in der Schweiz und in Europa unterstützen.

Die Herstellung in Apotheken als Resilienzfaktor – die ALT-Revision ist unerlässlich

Ein besonders relevanter Faktor ist die Ausgestaltung der Arzneimittelliste mit Tarif (ALT).

Die heutigen Tarife bilden den realen Aufwand für die Herstellung von Arzneimitteln in Apotheken nicht mehr adäquat ab. Dies führt dazu, dass die magistrale Herstellung – obwohl rechtlich vorgesehen und fachlich etabliert – zunehmend an Bedeutung verliert.

Die Folgen sind bereits heute sichtbar:

- Rückgang der Herstellungskapazitäten in Apotheken
- Verlust von Fachwissen und praktischer Erfahrung
- Eingeschränkte Möglichkeiten, kurzfristig auf Lieferengpässe zu reagieren

³ Stellungnahme von pharmaSuisse und der GSASA zur Schliessung der pharmazeutischen Produktion von Bichsel | pharmaSuisse |

Dabei ist gerade die Herstellung in Apotheken ein zentraler Resilienzfaktor, insbesondere bei:

- individualisierten Therapien
- pädiatrischen Anwendungen
- kurzfristigen Versorgungsunterbrüchen

Die Bedeutung dieser Herstellungskapazitäten wird inzwischen auch auf Bundesebene ausdrücklich anerkannt. Im Rahmen der Vernehmlassung zur HMG-Revision 3b schlägt der Bundesrat vor, öffentlichen Apotheken und Spitalapotheken die Kompetenz einzuräumen, Arzneimittel zur Vorbeugung und Bewältigung von Mangellagen herzustellen und ohne Zulassung in Verkehr zu bringen.⁴ Damit anerkennt der Bundesrat die Herstellung in Apotheken ausdrücklich als Instrument zur Stärkung der Versorgungssicherheit.

pharmaSuisse begrüsst diese Stossrichtung ausdrücklich. Die vorgesehenen Kompetenzerweiterungen können ihren Nutzen jedoch nur entfalten, wenn auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Es wäre widersprüchlich, die Rolle der Apotheken bei der Bewältigung von Mangellagen gesetzlich auszubauen und gleichzeitig eine Vergütung beizubehalten, welche den tatsächlichen Aufwand der Herstellung nicht ausreichend abbildet.

pharmaSuisse fordert daher, dass die ALT verbindlich und regelmässig überprüft und angepasst wird.

Die Tarife müssen dynamisch an die Kostenentwicklung angepasst werden. Nur so können jene Herstellungskapazitäten erhalten bleiben, die der Bund selbst als wichtigen Bestandteil einer stabilen Arzneimittelversorgung stärken will.

3. Klare Zuständigkeiten auf Bundesebene

Die heutige Aufgabenteilung im Bereich der Versorgungssicherheit ist komplex und teilweise fragmentiert. Zuständigkeiten sind auf verschiedene Akteure verteilt, darunter Bund, Kantone, Swissmedic, die wirtschaftliche Landesversorgung sowie weitere Institutionen.

Dies erschwert eine koordinierte und wirkungsvolle Steuerung.

Aus Sicht von pharmaSuisse braucht es eine klar definierte Bundeskompetenz, um:

- Verantwortlichkeiten eindeutig festzulegen
- Massnahmen effizient zu koordinieren
- im Ereignisfall rasch handeln zu können

Versorgungssicherheit ist eine nationale Aufgabe. Sie kann nur gewährleistet werden, wenn Zuständigkeiten und Eskalationsmechanismen klar definiert sind.

Die Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» verfolgt dieses Ziel. pharmaSuisse unterstützt diese Stossrichtung ausdrücklich.

pharmaSuisse begrüsst, dass der Bundesrat im Rahmen des direkten Gegenentwurfs die Notwendigkeit zusätzlicher Bundeskompetenzen anerkennt. Die vorgesehenen Arbeiten gehen in die richtige Richtung. Aus Sicht von pharmaSuisse müssen die Kompetenzen jedoch ausreichend konkret ausgestaltet sein, damit Versorgungsstörungen früh erkannt, koordiniert bewältigt und strukturelle Risiken langfristig reduziert werden können.

⁴ Änderung des Heilmittelgesetzes 3b (HMG 3b)

Fazit und Ausblick

Die Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln ist keine Option, sondern eine Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gesundheitssystem. Die jüngsten politischen und fachlichen Schritte sind wichtig, aber sie genügen nicht. Jetzt braucht es verbindliche Regeln, klare Definitionen und konkrete Umsetzung, damit Patientinnen und Patienten jederzeit Zugang zu notwendigen Arzneimitteln haben. Eine Revision der ALT ist zudem unerlässlich.

pharmaSuisse steht bereit, Expertise einzubringen, praxistaugliche Standards mitzugestalten und gemeinsam mit Bund, Kantonen, Industrie sowie Leistungserbringern die Verfügbarkeit am Ende der Lieferkette sicherzustellen.

Kontakt: publicaffairs@pharmaSuisse.org